CDU Steinburg wehrt sich gegen Anti-Demokratie-Vorwürfe

Von Sönke Rother | 09.04.2024, 16:30 Uhr

Mit diesem Zitat und den Porträts von Heiner Rickers und Jana Sophie Szymura tritt die CDU den Vorwürfen bei Facebook entgegen.Foto: Sönke Rother

Heiner Rickers und Jana Sophie Szymura stehen für eine „Politik für Menschen und Wettbewerb der Ideen, statt Bündnisse“ – und erteilen damit dem Bündnis für Demokratie eine klare Absage.

Der Steinburger CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Heiner Rickers zeigt sich von den Äußerungen aus Reihen von Bündnis 90/Die Grünen im jüngsten Kreistag irritiert. Dort hatte Birgit Asmus-Mrozek an die CDU gerichtet gesagt: „Ich bin überzeugt, dass in der CDU einige echte Demokraten sind, wünsche mir aber klarere Abgrenzung zu den Rechtsextremen.“ Die Andeutung, dass es auch „unechte Demokraten“ bei den Christdemokraten geben würde, will Rickers so nicht stehen lassen: „Jedes Mitglied unserer Partei bekennt sich zu unserer parlamentarischen Demokratie und wir haben vollstes Vertrauen in unsere gewählten Mandats- und Funktionsträger.“

Weiter sagt der Kreisvorsitzende, dass sich schon mit dem Beitritt jedes Mitglied zu „unserer demokratischen Grundordnung“ bekenne. Und:

„Das ist die DNA, die jeder in sich trägt, der sich in unserer Partei engagiert, da brauchen wir keine Belehrungen.“
Heiner Rickers
CDU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter

Vielmehr sei es die gemeinsame Aufgabe als Demokraten, gute Politik für die Menschen zu machen, statt sich gegenseitig mit Behauptungen zu überziehen. Einem möglichen Beitritt zu einem bundesweiten Bündnis für Demokratie erteilen die Christdemokraten allerdings eine klare Absage.

Die stellvertretende Fraktions- und Parteivorsitzende der Steinburger Christdemokraten Jana Sophie Szymura macht deutlich: „Wir brauchen keine Bündnisse für Demokratie, sondern echten Wettbewerb der Ideen in den Parlamenten und kommunalen Verwaltungsorganen.“ Birgit Asmus-Mrozek warf sie vor, dass es „einigen, die jetzt Bündnisse schmieden wollen, mehr um ihre eigene Selbstdarstellung geht, statt um die Sache an sich“. Die CDU habe eine andere Entscheidung getroffen: „Wir haben im Vorstand entschieden, dass wir immer und

überall für unsere Demokratie einstehen, aber keine Bündnisse brauchen und deshalb auch keinem beitreten werden.“

CDU lehnt Teilnahme an Partnerschaft für Demokratie ab

Die Teilhabe am Programm Partnerschaft für Demokratie war Ende Februar im Hauptausschuss teils kontrovers diskutiert worden. Mit der Einrichtung einer halben Stelle in der Kreisverwaltung und einem Eigenanteil von zehn Prozent könnte eine Bundesförderung von bis zu 160.000 Euro für Demokratieprojekte abgerufen werden. Die genauen Richtlinien für die Fortsetzung des Programms, das Ende des Jahres ausläuft, stehen allerdings voraussichtlich erst im Sommer fest. Grüne und SPD werben für eine Teilnahme; die CDU hat jetzt ihre klare Ablehnung formuliert.